

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 14/7238 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des Gesetzes
zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlebergbau**

A. Problem

Aufhebung des Gesetzes über die Förderung der Rationalisierung im Steinkohlebergbau und der weiteren Verordnungen über den Rationalisierungsverband des Steinkohlebergbaus nach Auflösung des Rationalisierungsverbandes des Steinkohlebergbaus zum 31. Dezember 2000.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

Keine

E. Sonstige Kosten

Für die Wirtschaft entstehen aus der Aufhebung von Gesetz und Verordnungen keine Kosten. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, werden nicht erwartet.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 14/7238 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 14. November 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Christian Müller (Zittau)
Vorsitzender

Kurt-Dieter Grill
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Kurt-Dieter Grill

I.

Der Gesetzentwurf wurde in der 198. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. November 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

II.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen nach erfolgter Abwicklung und Auflösung des Rationalisierungsverbandes des Steinkohlenbergbaus zum 31. Dezember 2000 das Gesetz über die Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau und die weiteren Verordnungen über den Rationalisierungsverband des Steinkohlenbergbaus aufgehoben werden.

III.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 107. Sitzung am 14. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung in seiner 68. Sitzung am 14. November 2001 beraten. Er beschloss einstimmig, dem Deutschen Bundestag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Berlin, den 14. November 2001

Kurt-Dieter Grill
Berichterstatter

